



Aktuelle Entwicklungen in der Bundespolitik

Januar 2026



NEUE BUNDESREGIERUNG

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)

- Ministerin: Katherina Reiche (CDU)
- Parlamentarischer Staatssekretär für Strom, Wärme, Energie: Stefan Rouenhoff
- Staatssekretär für Strom, Wärme, Energie: Frank Wetzel

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN)

- Minister: Carsten Schneider (SPD)
- Parlamentarische Staatssekretärin: Rita Schwarzelühr-Sutter
- Parlamentarischer Staatssekretär: Carsten Träger
- Staatssekretär: Jochen Flasbarth

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)

- Ministerin: Verena Hubertz (SPD)
- Parlamentarischer Staatssekretär: Sören Bartol
- Parlamentarische Staatssekretärin: Sabine Poschmann
- Staatssekretär: Dr. Olaf Joachim



NEUE BUNDESREGIERUNG

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS)

- Minister: Dr. Karsten Wildberger (CDU)
- Parlamentarischer Staatssekretär: Philip Amthor
- Parlamentarischer Staatssekretär: Thomas Jarzombek
- Staatssekretär: Dr. Markus Richter
- Staatssekretärin: Prof. Dr. Louise Hölscher

WASSERPOLITISCHE SPRECHERINNEN UND SPRECHER

- CDU/CSU: MdB Leif Erik Bodin
- SPD: MdB Dunja Kreiser
- Bündnis 90/Die Grünen: MdB Steffi Lemke
- Die Linke: MdB Mareike Hermeier



Meilensteine:

- 05.11.24: Zustimmung des Europäischen Rates
- Inkrafttreten nach Veröffentlichung im Amtsblatt am 01.01.2025
- Umsetzung in deutsches Recht bis spätestens 31.07.2027

3 Unterarbeitsgruppen der EU-Arbeitsgruppe zur UWWTD beeinflussen + verzögern Umsetzungsprozess

- Monitoring Methodologies zu Risikobewertung, Spurenstoffe, ARB, PFAS, Mikroplastik (Art. 8, 17, 21)
- Energy Neutrality, Greenhouse Gases and Sludge (Art. 11, 20, 21)
- Individual Systems, Stormwater (Art. 4 und 5)

Aktuelle Aktivitäten in Deutschland:

- UBA Gutachten zur erweiterten Herstellerverantwortung „Feinkonzept“ (rechtlich und fachlich) bis 01.01.2026. Konsortium: IWW (Kristina Wencki, Tim aus der Beek, Ursula Karges), MOcons (Prof. Oelmann, Christoph Czichy), BBH (Beate Kramer), Prof. Brüning (Uni Kiel) und als externer Berater Prof. Schitthelm
- Abwarten der Ergebnisse der Klagen der Pharmaindustrie beim EuGH zur Erweiterten Herstellerverantwortung, in diesem Zusammenhang wichtig: Streitbeitritt der deutschen Wasserwirtschaft zur Klage der Pharma- und Kosmetikindustrie
- Möglicherweise Änderungsaktivitäten der EU im Rahmen des Omnibus-Verfahrens „Umwelt“



Weitere Aktivitäten in Deutschland:

- Rechtliche Anpassungen voraussichtlich vielfältig: WHG, AbwV, IfSG, EnEfG, AbwAG, in NRW möglicherweise BWP/MaPro, SüwV Abwasser, LWG, KomAbwV, Verbandsgesetze

Weiterer Zeitplan:

- Für Ende 2025 Vorlage Änderung Anhang 1 der AbwV und WHG-Änderungen angekündigt
- In Q1/26 weitere Änderungsgesetze
- EPR-Gesetz zu einem späteren Zeitpunkt
- Gesetzesinitiative zu den „Surveillance“-Themen liegt im Gesundheitsministerium

Begleitung durch agw im Kreis der interdisziplinären ad-hoc Arbeitsgruppe „KARL“



WAS BISHER GESCHAH & DERZEITIGER SACHSTAND:

- Position der deutschen Wasserwirtschaft zur Überwachungsmethodik für Phosphor und Stickstoff – Abschaffung der qualifizierten Stichprobe, Stand 07.06.2024
- Vorschlag agw zur Überwachungsmethodik KARL: 1:1-Umsetzung der europäischen Kommunalabwasserrichtlinie in deutsches Recht in Bezug auf die Überwachungsmethodik, Stand 01/2025
- Dialog-Gespräche der agw mit dem MUNV zur „Abschaffung qualifizierte Stichprobe“ 2025/2026
- Inoffizieller LAWA Vorschlag (Sachsen)/Position AÖW sieht Einführung eines parallelen Verfahrens für den Übergang
- Rechtsgutachten der DWA zur Umsetzung der Kommunalabwasserrichtlinie und Abwasserabgabengesetz, Stand 04/2025
- Brief der DWA an die LAWA: Forderung 1:1-Umsetzung KARL, Juni 2025
- Weiteres Vorgehen in NRW, den Ländern und D bleibt abzuwarten



DERZEITIGER SACHSTAND

- 23.09.2025: EU-Einigung im Trilogverfahren („Wasserpaket“) erzielt
- Streitpunkte wareb: Ausnahmeregelungen, Delegierte Rechtsakte, Watchlist, Summenparameter für weitere Arzneistoffe

ZEITPLAN DES UMSETZUNGSPROZESSES IN DEUTSCHES RECHT:

- 21.12.2027: Umsetzung in nationales Recht im Rahmen der Oberflächengewässerverordnung
- 22.12.2033: Einhaltung der Grenzwerte für verschärfte „alte“ Stoffe
- 22.12.2039: Einhaltung Grenzwerte für neu hinzugekommene Stoffe; in Ausnahmefällen Frist auf 2045 verlängerbar (in Abhängigkeit von Ausnahmen WRRL)

AUSWIRKUNGEN & AUSBLICK

- Technisch und finanziell herausfordernd für Wasserwirtschaft (z. B. Ausbau von KA) / Zusammenspiel mit KARL
- Politik gefordert: Augenmaß bei Umsetzung & Bereitstellung von Fördermitteln / greift EPR?
- Brüssel strebt auf Druck der Industrielobby im Jahr 2026 eine große Novelle der WRRL an



HOCHWASSERSCHUTZ SPIELT IN DER BUNDESPOLITIK DERZEIT EINE UNTERGEORDNETE ROLLE:

- Neues Gesetzes zur Verbesserung des **Hochwasserschutzes**, des Schutzes vor Starkregenereignissen sowie zur Beschleunigung von Verfahren des Hochwasserschutzes, wie es in 2024 noch von der alten Regierung vorgelegt wurde (Hochwasserschutzgesetz III) steht derzeit nicht zu erwarten, da ein solches Gesetz weder Gegenstand des Koalitionsvertrages noch Teil der Agenda des neuen Bundesumweltministers Schneider ist
- Koalitionsvertrag insgesamt bei dem Thema vage: „Genehmigungsverfahren bei Hochwasserschutz beschleunigen“

WHG-ÄNDERUNGEN:

- **WHG-Änderung** im Rahmen des „**Beschleunigungsgesetzes Erneuerbare Energien**“ (EU-EL 2023/2413) vom 15.07.2024
 - im Zuge Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Bereich erneuerbarer Energien auch Änderungen in WHG vorgesehen, agw-Stellungnahme erfolgt. Veröffentlichung im BGBl am 12.08.25 erfolgt.
 - Derzeit: Initiative des Bundesrates fordert Nachbesserung hinsichtlich Floating PV Anlagen (Initiative aus NRW).
- **WHG-Änderung „Water-Reuse“** zur Umsetzung der EU-VO:
 - Umfangreiche Änderungen geplant zur Wiederverwendung in der Landwirtschaft und darüber hinaus.
 - Aktuell: Gesetzgebungsverfahren stockt.



LÄNDER- UND KOMMUNAL-INFRASTRUKTURFINANZIERUNGSGESETZ (LUKIFG)

- Bund wird in großem Umfang in die Ertüchtigung der Infrastruktur investieren
- Regelt die Verteilung der Gelder aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität
- Problematisch: „Energie- und Wärmeinfrastuktur“ sollte durch die Angabe „Energie-, Wärme- und Wasserwirtschaftsinfrastruktur, sowie Wasserver- und Abwasserentsorgung und Hochwasserschutzinfrastruktur“ ersetzt werden. Dazu hatte es keine Mehrheit im Bundesrat gegeben.
- Aktuell: Beratungen auf Länderebene, ob Mittel für Hochwasserschutz über die Position Bevölkerungsschutz gefasst werden können. Der Kabinettentwurf für NRW-Gesetz ist aktuell in Beratung

MODERNISIERUNG DES BAUGB:

- Gesetzentwurf zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung im Bundestag.
- U.a. auch Regelungen zu blaugrüner Infrastruktur, dezentrale Versickerung, Abwägungsgrundsätze, Verbesserungen des Bauleitplanungsrechts;
- Gesetzgebungsverfahren stockt aufgrund neuer Bundesregierung.



KRITIS-DACHGESETZ

- Bundeskabinett hat Entwurf eines KRITIS-Dachgesetzes am 15.09.25 beschlossen und Anfang November dem Bundestag vorgelegt.
- Vorangegangen waren mehre Schleifen Referentenentwürfe, in denen sich die agw eingebracht hatte.
- Inhalt: Regelungen für Betreiber kritischer Anlagen zu u.a. Meldepflichten, Risikomanagement, Krisenmanagement, Personalsicherheit und physischer Sicherheit; Einbindung des BBK, Bußgelder und Geschäftsleiterhaftung
- Derzeit im Innenausschuss des Bundestags zur weiteren Beratung

NIS2-UMSETZUNGSGESETZ

- am 13.11.2025 im Bundestag in verabschiedet.
- U.a. Geschäftsführerhaftung und Schulungspflicht wieder aufgenommen



AKTIONSPROGRAMM NATÜRLICHER KLIMASCHUTZ (ANK)

- **Finanzmittel:** 3.2 Mrd. EURO für die Jahre 2025-2028; für 2025 stehen laut Haushaltsplanentwurf ca. 820 Mio. EURO zur Verfügung, davon ca. 28 Mio. EURO für die noch zu veröffentlichende FöRL „Naturnaher Wasserhaushalt mit lebendigen Seen, Flüssen und Auen“
- **Förderinstrumente:** u.a. Natürlicher Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum, Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (DAS), Natürlicher Klimaschutz in Kommunen, Klimamoorschutz, Klimaangepasstes Waldmanagement, KlimaWildnis/Flächenerwerb. Knackpunkt: Antragsberechtigung gelöst.
- **FöRL „ Naturnaher Wasserhaushalt mit lebendigen Seen, Flüssen und Auen“** in finaler Abstimmung:
 - 3 Tatbestände geplant: Landschaftswasserhaushalt, naturnahe Gewässerentwicklung und -erhaltung, integrierte und kombinierte Konzepte;
 - (sondergesetzliche) Wasserverbände antragsberechtigt,
 - Fördermöglichkeiten auch für Grunderwerb mit Zweckbindung vorgesehen,
 - 1-stufiges Antragsverfahren vorgesehen;
 - Veröffentlichung FöRL war eigentlich für Sommer/Herbst 2025 geplant



AKTIONSPROGRAMM NATÜRLICHER KLIMASCHUTZ (ANK)

- **Weiterentwicklung des ANK** seitens des BMUKN im September 2025 vorgestellt: u.a. auch Umsetzung von Maßnahmen mit positiven Effekten für Landschaftswasserhaushalt, Multifunktionalität Gewässer, Resilienz gegen Hochwasser, Starkregen, Trockenheit, begleitende Maßnahmen in Gewässerrandstreifen
- **Moorschutzprogramm:** Wiedervernässung der Auen als Beitrag zum Klimaschutz (7,4 % Anteil an Gesamt-CO₂e-Emissionen in D)
- **Gründung eines Kompetenzzentrums Natürlicher Klimaschutz:** Kontakt agw hergestellt. Erörterung Antragsberechtigung. Regionalbüro NRW hat Arbeit aufgenommen, im LANUK Recklinghausen angegliedert; Leitung Michael Elmer
- BMUV startet **virtuellen Dialog zur Durchführung der EU-Wiederherstellungsverordnung (W-VO)** und zum Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz: 1. Entwurf für 15.01.2026 angekündigt, dann formale Verbändeanhörung geplant
- Aktuell: Veröffentlichung **bundeseinheitlicher Empfehlungen für städtische Ökosysteme**



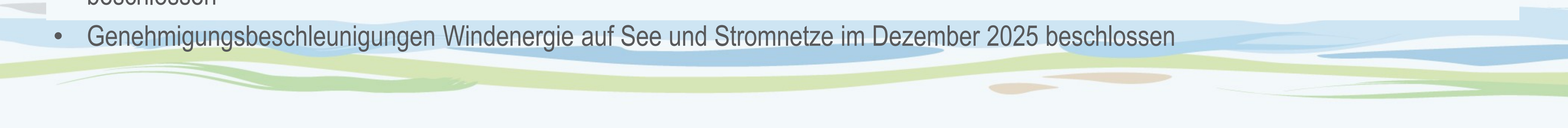
ENERGIE- UND STROMSTEUERGESETZ

- Drittes Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetz Mitte November 2025 im Bundestag verabschiedet
- darin Bürokratieabbau bei Stromsteuerbefreiung für Anlagen <2MW, Klärgasbetriebene BHKWs >2MW durch auslaufende EU-Beihilferegeln nicht mehr stromsteuerbefreit
- Kurzfristige Änderung durch Finanzausschuss erfolgt: Streichung der Definition für erneuerbare Energien
- Allerdings weitere Klarstellungen in §9 StromStG, so dass Klärgas nach wie vor nur für Anlagen <2MW stromsteuerbefreit ist und zudem der Nachweis der Hocheffizienz nicht erbracht werden muss.

KOHLENDIOXID-SPEICHERUNGSGESETZ

- Ende November 2025 in Kraft getreten
- Regelt CCS/CCU
- künftig soll Abscheidung und Speicherung von CO₂ auch in größerem Maßstab möglich sein

ENERGIEWIRTSCHAFTSGESETZ

- Abschaffung Gasspeicherumlage im November 2025 beschlossen
 - Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich, Regelungen zum Energy Sharing, sowie zum Smart Metering im November 2025 beschlossen
 - Genehmigungsbeschleunigungen Windenergie auf See und Stromnetze im Dezember 2025 beschlossen
- 

RED III

- U.a. Regelungen zu Windenergie an Land
- Änderungen im Wasserhaushaltsgesetz, im Windenergieflächenbedarfsgesetz und im Baugesetzbuch
- Vereinfachung von Genehmigungen und Beschleunigung Ausbau Windenergie an Land

GEOOTHERMIE-BESCHLEUNIGUNGSGESETZ

- Anfang Dezember 2025 im Bundestag beschlossen
- Erschließung energetisches Potenzial Geothermie und Ausbau der klimaneutralen Wärme- und Kälteversorgung durch Wärmepumpen
- Beschleunigung Zulassungsverfahren für Wärmeleitungen



Kontaktieren Sie uns gerne, wenn Sie noch Fragen haben

j.schaefer-sack@agw-nw.de oder 02271-88 1278
p.kuhr@agw-nw.de oder 02271-88 1978